

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Bericht über das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung 2014**

Bezug:

Anlagen: 3 Anlage 1 - Verwaltungshaushalt (vorläufiges Ergebnis)
 Anlage 2 - Vermögenshaushalt (vorläufiges Ergebnis)
 Anlage 3 - Allgemeine Rücklage (vorläufiges Ergebnis)

Zusammenfassung:

Die Verwaltung legt mit der Vorlage 230/2015 einen Bericht über das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung 2014 vor.

Verwaltungshaushalt:

Im Haushaltsplan 2014 war der Überschuss – die sogenannte Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt - mit rund 11,5 Mio. EUR veranschlagt (ohne die zweckgebundene Zuführungen für Paul Horn-Arena u. Sporthalle Waldhäuser Ost 11,3 Mio. EUR). Im Ergebnis erbrachte das Haushaltsjahr 2014 einen Überschuss von insgesamt 18,3 Mio. EUR (ohne die zweckgebundene Zuführungen 18,1 Mio. EUR). Damit lag das Rechnungsergebnis mit insgesamt knapp 6,9 Mio. EUR über dem ursprünglichen Planansatz.

Die Ursachen für den Überschuss des Verwaltungshaushalts liegen hauptsächlich in den Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (+1,9 Mio. EUR), den Schlüsselzuweisungen (+1,7 Mio. EUR) und den Einnahmen aus dem Gewinn der Stadtwerke Tübingen (+1,1 Mio. EUR). Auf der Ausgabenseite wirken sich Wenigerausgaben bei z.B. den Personalausgaben (-420.000 EUR) oder dem sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (-2,4 Mio. EUR) aus.

Vermögenshaushalt:

Zum Ausgleich des Vermögenshaushalts war im ursprünglichen Haushaltsplan 2014 eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von rund 16,1 Mio. EUR eingeplant (ohne zweckgebundene Entnahmen rund 15,8 Mio. EUR). Im Ergebnis lag die Entnahme bei rund 11,2 Mio. EUR (ohne zweckgebundene Entnahmen bei rund 11 Mio. EUR). Insbesondere durch die höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt konnte die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ohne Zweckbindung um rund

4,8 Mio. EUR verringert werden.

Die Maßnahmen im Vermögenshaushalt wurden größtenteils – sofern nicht abgerechnet – per Rest in das Folgejahr übertragen.

Allgemeine Rücklage:

Die allgemeine Rücklage weist zum 31.12.2014 damit einen Stand von 39,8 Mio. EUR aus, davon sind 33,9 Mio. EUR ohne Zweckbindung.

Ziel:

Information des Gemeinderats über den vorläufigen Jahresabschluss 2014.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Verwaltung berichtet über den vorläufigen Jahresabschluss 2014. Es soll auf folgende Punkte eingegangen werden: die Veränderung der Zuführungsrate, die wesentlichen Abweichungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, die Veränderungen bei den Rücklagen und dem Schuldenstand.

2. Sachstand

a) Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt

Für das Haushaltsjahr 2014 war im Haushaltsplan eine Zuführungsrate von insgesamt 11.489.105 EUR (einschließlich zweckgebundener Zuführungen) eingeplant. Im Ergebnis konnten dem Vermögenshaushalt dann 6.859.462 EUR mehr, also insgesamt 18.348.567 EUR zugeführt werden.

b) Verwaltungshaushalt Einnahmen (vorläufiges Ergebnis, siehe Anlage 1)

Steuereinnahmen und Finanzaufweisungen des Landes:

Die Gewerbesteuer erbrachte ein Ergebnis von rund 41,9 Mio. EUR, was gegenüber dem Planansatz ein Plus von 1,9 Mio. EUR bedeutet. Der Gemeindeanteil der Einkommenssteuer lag mit rund 256.000 EUR über dem Planansatz. Insgesamt lag das Ergebnis bei den Einnahmen aus den örtlichen Steuern, der Anteil der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen mit rund 3,99 Mio. EUR über den veranschlagten Planansätzen.

Gebühren und ähnliche Entgelte:

Über alle Gebührenarten waren insgesamt Mehreinnahmen von gut 300.000 EUR zu verzeichnen. Die Ergebnisse der Baugenehmigungsgebühren, der Gebühren der Bürgerdienste sowie der Parkgebühren lagen über den veranschlagten Planansätzen. Lediglich bei den Vermessungsgebühren wurde aufgrund von einem geringeren Auftragsvolumen der Planansatz nicht erreicht.

Verkaufserlöse, Mieten, Pachten:

Bei dieser Gruppierung wurden Mehreinnahmen von rund 690.000 EUR erzielt. Davon stammen 231.322 EUR aus den Ersatzleistungen für Reparaturen und Schadensfälle, welche auf die Hagelschäden zurückzuführen sind, und 185.563 EUR von den Mieten aus der Mietverwaltung der GWG. Außerdem gab es bei den Mieten des Unterabschnitts 4642 Kindergärten und Kinderhäuser Mehreinnahmen von 155.838 EUR und bei den Kostenersätzen für die Obdachlosenunterbringung waren Mehreinnahmen von 124.551 EUR zu verzeichnen.

Erstattungen, Innere Verrechnungen:

Bei den Erstattungen und Inneren Verrechnungen wurde der Planansatz von 12.221.760 EUR um 700.000 EUR überschritten.

Eine Rücklagenentnahme für die Instandhaltung Paul Horn-Arena in Höhe von 66.520 EUR wurde für Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen getätigt.

Zuweisungen und Zuschüsse, Spenden:

Bei dieser Einnahmeart ist die Abweichung mit rund 2,4 Mio. EUR sehr hoch. Die Wenigereinnahmen begründen sich zu einem Anteil von ungefähr 93% aus den geringeren Einnahmen der Landeszuweisungen für die Kleinkindbetreuung nach § 29c FAG. Hier wurde der Planansatz von 9.418.000 EUR um -2.227.388 EUR unterschritten. Ursache für diese sehr hohe Abweichung ist, dass das Land im Prinzip 68% der Betriebsausgaben zahlt, sich allerdings bei der Umsetzung dieser Regelung einige Nachteile für die Kommunen herausgestellt haben:

- Das Land setzt die Nettobetriebsausgaben ohne innere Verrechnungen an, so dass nicht alle Kosten, die den Kommunen entstehen, erfasst sind.
- Die Betriebsausgaben der freien Träger werden von den Kommunen bezuschusst. Nur auf diesen Zuschuss – nicht auf die bei den Trägern anfallenden Kosten – werden dann 68% gezahlt.
- Die Berechnung der Zuweisung orientiert sich an den Ausgaben des Vorvorjahres, Datenbasis statistisches Landesamt. Die Zahl der betreuten Kinder ist jedoch die vom Vorjahr. Daraus können sich in der Ausbauphase ebenfalls finanzielle Nachteile ergeben.

Dieser Ausfall von Zuweisungen für die Kleinkindbetreuung konnte durch höhere Steuereinnahmen und einen höheren Gewinn der Stadtwerke 2014 ausgeglichen werden.

Zinseinnahmen:

Die Zinseinnahmen 2014 lagen mit rund 65.000 EUR über dem Planansatz.

Gewinnanteile:

Der Stadtwerkegewinn lag mit 1.107.282 EUR über dem Planansatz. Die Konzessionsabgabe dagegen lag mit -23.366 EUR unter dem Planansatz.

Weitere Finanzeinnahmen:

Bei den weiteren Finanzeinnahmen wurde der Planansatz um rund -410.000 EUR unterschritten. Wenigereinnahmen von rund -372.000 EUR gab es bei den Geldbußen und Verwarnungsgeldern. Auch die Verzinsung von Steuernachforderungen lag mit rund -75.000 EUR unter dem Planansatz.

c) Verwaltungshaushalt Ausgaben (vorläufiges Ergebnis, siehe Anlage 2)

Personalausgaben:

Die im Zwischenbericht zum Vollzug des Haushalts 2014 (Vorlage 218/2014) erwarteten

Mehrausgaben bei den Personalausgaben aufgrund des Tarifabschlusses 2014 mussten nicht getätigt werden. Stattdessen gab es Wenigerausgaben bei den Personalkosten von -420.460 EUR oder -0,7 %. Die Gründe hierfür sind insbesondere verzögerte Nachbesetzungen im Rahmen der Fluktuation.

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand:

Die Gruppe sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand ist eine Gruppierung mit sehr vielen Haushaltsstellen. Im Jahr 2014 ergaben sich hier Wenigerausgaben von insgesamt - 2.351.458 EUR, z.B. bei der Schaffung günstigen Wohnraums (-800.000 EUR), bei der Sanierung des Grundwasserschadens Beim Kupferhammer 5/1 (-495.487,58 EUR), bei der Umrüstung der Einsatzwagen auf Digitalfunk (-120.000 EUR) und bei den Kosten der Bundesdruckerei (-106.635,82 EUR). Diese Positionen stehen zum Teil per Budgetübertrag im Folgejahr zur Verfügung.

Zuweisungen und Zuschüsse:

Mit einer Planunterschreitung von knapp 3 % wurden Zuweisungen/Zuschüsse fast plangenaу bewirtschaftet.

Zinsen:

Der Zinsaufwand lag mit -168.345 EUR unter dem vorgesehenen Planansatz.

Gewerbesteuerumlage

Bei der Gewerbesteuerumlage wurde der Planansatz von 7.263.200 EUR um rund 215.000 EUR überschritten. Die höhere Gewerbesteuerumlage resultiert aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer von 1.911.887 EUR.

Zuführung an den Vermögenshaushalt:

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt erreichte 2014 einen Wert von insgesamt 18.348.567 EUR. Das sind knapp 6,9 Mio. EUR mehr als im Plan vorgesehen.

d) Vermögenshaushalt Einnahmen (vorläufiges Ergebnis, siehe Anlage 2)

Entnahmen aus Rücklagen (zweckgebunden u. nicht zweckgebunden):

Aus der allgemeinen Rücklage wurden knapp 11,2 Mio. EUR entnommen. Das sind rund -5 Mio. EUR weniger als vorgesehen. Die allgemeine Rücklage sank damit – wenn auch nicht so stark wie erwartet – auf knapp 39,8 Mio. EUR.

Darlehensrückflüsse:

Bei den Darlehensrückflüssen gab es Mehreinnahmen von rund 290.000 EUR. Davon stammen rund 227.000 EUR aus Rückflüssen der Musikschule.

Beiträge:

Bei den Einnahmen aus Stellplatzablösebeiträgen ist ein Plus von knapp 140.000 EUR zu verzeichnen.

Zuweisungen und Zuschüsse:

Es sind Wenigereinnahmen von rund -485.000 EUR zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich um die Landeszuweisung Drehleiterfahrzeug Lustnau DL 18-12, Zuweisungen des Landes zur Gemeinschaftsschule Bildungszentrum Weststadt und die Landeszuweisungen Rampe Mühlbachabsturz. Ein Haushaltseinnahmerest durfte aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht ge-

bildet werden.

Kreditaufnahmen:

Im Jahr 2014 war eine Kreditaufnahme von 1.000.000 EUR eingeplant, um eine satzungsrechtliche Kreditermächtigung gewissermaßen auf Vorrat zu haben. Aufgenommen wurden dann 230.000 EUR Kredit von der KfW. Zur Entlastung des Haushalts wurde die restliche Kreditermächtigung nicht als Rest in das Haushaltsjahr 2015 übertragen. Außerdem wurden Umschuldungen in Höhe von 960.201 EUR getätigt.

e) Vermögenshaushalt Ausgaben (vorläufiges Ergebnis, siehe Anlage 2)

Zuführung an Rücklagen:

Der allgemeinen Rücklage ohne Zweckbindung konnten 2014 insgesamt 308.500 EUR zugeführt werden. Bei den zweckgebundenen Rücklagen wurden 1.951.630 EUR zugeführt, das sind 706.030 EUR mehr als im Plan vorgesehen gewesen waren und beinhaltet auch die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage für die Regionalstadtbahn mit 1 Mio. EUR.

Erwerb von Grundstücken und Erschließungsbeiträge für städtische Grundstücke:

Der Grundstückstitel ist seit vielen Jahren mit 2.000.000 EUR ausgestattet. Er wurde im Jahr 2014 nicht ausgeschöpft. Zu Gunsten des Haushalts wurden rund 600.000 EUR nicht in das Haushaltsjahr 2015 übertragen.

f) Allgemeine Rücklage (vorläufiges Ergebnis, siehe Anlage 3)

Der allgemeinen Rücklage wurden in der Summe 2.260.129,71 EUR zugeführt, davon 308.500 EUR ohne Zweckbindung und 1.951.629,71 EUR mit Zweckbindung. Entnommen wurde aus der allgemeinen Rücklage in Summe 11.150.672,25 EUR, davon 10.977.194,60 EUR ohne Zweckbindung und 173.477,65 EUR mit Zweckbindung. Im Saldo verringerte sich der Bestand der allgemeinen Rücklage um 8.890.542,54 EUR (Haushaltsjahr 2013: Verringerung um 104.503,96 EUR). Damit hat die allgemeine Rücklage zum 31.12.2014 einen Bestand von 39.770.911,78 EUR, der Anteil ohne Zweckbindung beträgt 33.890.953,81 EUR.

g) Veränderungen der Schulden

Im Haushaltsjahr 2014 wurden Kredite in Höhe von 230.000 EUR aufgenommen und rund 1,26 Mio. EUR getilgt. Zum 31.12.2014 verringert sich damit der Schuldenstand auf rund 30,4 Mio. EUR.

Die Schulden des städtischen Haushalts (Kämmereischulden) haben sich im Haushaltsjahr 2014 wie folgt verändert:

Kreditgeber	Schuldenstand am 01.01.2014	Ordentliche Tilgungen	Außerordentliche Tilgungen	Neuaufnahme	Schuldenstand am 31.12.2014
Bund	5.012.419,94 €	221.322,00 €	0,00 €	230.000,00 €	5.021.097,94 €

Land	671.325,28 €	104.831,91 €	0,00 €	0,00 €	566.493,37 €
Kreditmarkt	25.727.455,36 €	935.766,83 €	0,00 €	0,00 €	24.791.688,53 €
Summe	31.411.200,58 €	1.261.920,74 €	0,00 €	230.000,00 €	30.379.279,84 €

Anlagen

Anlage 1 - Verwaltungshaushalt (vorläufiges Ergebnis)

Anlage 2 - Vermögenshaushalt (vorläufiges Ergebnis)

Anlage 3 - Allgemeine Rücklage (vorläufiges Ergebnis)